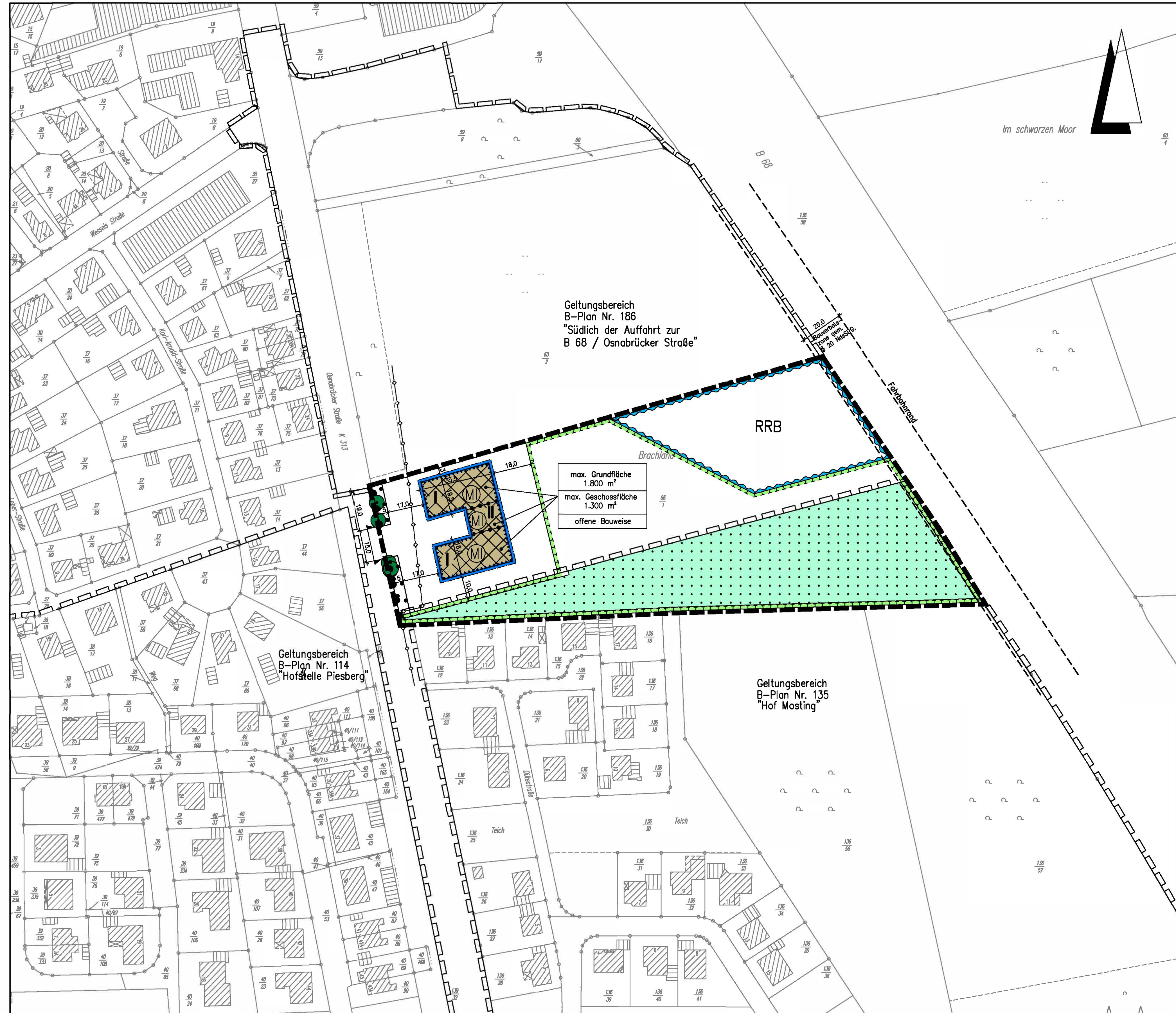


GEMEINDE WALLENHORST VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 233 "BRÜCKENWIESE"



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenerklärung 1990 v. 18. Dez. 1990 (BOB, I, S. 34) und der Bauzeichenerklärung i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch das Gesetz v. 22. April 1993 (BOB, I, S. 466).

- I. Bestandangaben
- Gemarkungsgrenze
 - Flurbezugs
 - Flurstück- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß
 - Höhenlinien mit Höhenangaben über NN
 - Flurstücknummer
 - Wohngebäude mit Hausnummern
 - Wirtschaftsgebäude, Garagen

Im Übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbliche Karten und Pläne verwiesen

II. Festsetzungen des Bebauungsplanes

1. Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- überbaubarer Bereich
Mischgebiet gem. § 6 BauNVO
nicht überbaubarer Bereich

2. Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. § 16 BauNVO)
- i, II usw. Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO)
- o offene Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 u. § 23 BauNVO

6. Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Baugrenze

8. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
- unterirdisch

10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 und Abs. 6 BauGB)
- RRB Regenrückhaltebecken

12. Fläche für die Landwirtschaft und Wald (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 19 und Abs. 6 BauGB)
- Flächen für Wald

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
- Umgrünung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- Umgrünung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- zu erhaltende Einzelbäume

15. Sonstige Planzeichen
- Umgrünungen der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (gem. § 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne

- Hinweis (Darstellung ohne Normcharakter)

- Textliche Festsetzungen
- A. Planungsrechtliche Festsetzungen

- § 1 Vorhaben- und Erschließungsplan
- Bestandteil dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist der Vorhaben- und Erschließungsplan des Vorhabenträgers Bert Schröder, Hasestraße 12, 49134 Wallenhorst, bestehend aus folgenden Unterlagen:

1. Lageplan i.M. 1 : 500 mit Darstellung der Lage des geplanten Bauvorhabens (Wohn- und Bürohaus), Entwurf: ab bau, Lagestraße 12-14, 49624 Löhningen
2. Planzeichnung mit Darstellung der Ansichten des geplanten Wohn- und Bürohauses mit Ansichten und Höhenangaben

3. Umweltbericht, integriert in die Begründung zum Bebauungsplan einschl. Eingriffsbildung und Lärmeinschätzung (erstellt durch Büro INGENIEURPLANUNG)
4. Wasserwirtschaftliche Vorplanung (erstellt durch Büro INGENIEURPLANUNG)
5. Schall- Beurteilung (erstellt durch Büro INGENIEURPLANUNG)

- Innerhalb dieses Plangebietes sind nur die Nutzungen entsprechend den Angaben im Vorhaben- und Erschließungsplan zulässig. Das Vorhaben einschließlich seiner Erschließung und äußeren Gestaltung, einschließlich aller Nebenanlagen ist entsprechend dem Vorhaben- und Erschließungsplan sowie nach Maßgabe der Festsetzungen dieses Bebauungsplanes durchzuführen. Zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger ist vor dem Satzungsbeschluss ein Durchführungsvertrag abzuschließen. Der Durchführungsvertrag ist Voraussetzung für den Satzungsbeschluss (§ 12 BauGB).

- § 2 Höhenregelung von Gebäuden (gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO)
- Bezugspunkt zur Bestimmung der Höhe des fertigen Erdgeschossfußbodens ist der Schrittpunkt zwischen der Oberseite des jeweiligen Grundstücks erschließenden fertigen Straße (Mittellinie) und der verlängerten, senkrecht zur erschließenden Verkehrsfläche verlaufenden Mittellinie des jeweiligen Baugrundstücks (Grundstücksachse). Die Höhe des fertigen Erdgeschossfußbodens darf, gemessen von dem o.g. Bezugspunkt bis zur Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens, 0,5 m nicht überschreiten. Die maximale Gebäudehöhe darf, gemessen von der Höhe des fertigen EG-Fußbodens bis zur Oberkante First (höchster Punkt der Dachhaut) eine Gesamthöhe von 8,00 m nicht überschreiten.

- § 3 Maximale Grundfläche (gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO)
- Innerhalb des Mischgebietes ist eine maximale Grundfläche von 1.800 m² festgesetzt. Diese maximale zulässige Grundfläche umfasst die Überbauung des Grundstücks mit Gebäuden einschließlich aller Nebengebäude und Garagen gem. §§ 12 u. 14 BauNVO sowie alle erforderlichen Erschließungs- und Stellplätze auf dem Grundstück.

- § 4 Geschossflächennutzung (gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO)
- Innerhalb des Mischgebietes ist gem. § 20 (3) Satz 1 eine maximale Geschossfläche von 1.300 m² zulässig.

- § 5 Immissionsschutz
- Die Orientierungswerte der DIN 18005 von 60 dB(A) am Tag und 50 dB(A) in der Nacht werden teilweise nachts überschritten. Es werden maximal rd. 59 / 51 dB(A) (Tag / Nacht) erreicht. Die Außenbereiche von Gebäuden oder Gebäudeteilen, in den nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen, sind in die in den folgenden Tabellen genannten Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" einzufügen. Zusätzlich sind die dazugehörigen erforderlichen Schalldämm-Maße R_wres angegeben.

	Geschoss	Mi- Gebiet
Einstufung Lärmpegelbereiche (L _{PN})	EG u. OG	LBP III (35 dB für Wohnräume 30 dB für Büroräume)

Um für die bei Schlafräumen notwendige Belüftung zu sorgen, ist aus Gründen des Immissionsschutzes bei Schlaf- und Kinderzimmern der Einbau von schallgedämmten Lüftungsvorrichtungen, sofern keine Lüftungsmöglichkeit über von der Lüftungsanlage abgewandte Fenster besteht (hier Süd-, Nord- u. Westseiten). Gleiches gilt für Räume mit sauerstofftreibenden Heizanlagen. Die Einhaltung der erforderlichen Schalldämmwerte ist bei der genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden oder Gebäudeteilen nachzuweisen.

- § 6 Erhalt und Bepflanzung von Flächen (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)
- Die in der Planzeichnung durch Planzeichen festgesetzte Fläche mit Erhaltungsbinding gem. § 9 (1) Nr. 25 b BauGB ist gem. den Anforderungen des Umweltberichtes zu behandeln.

- § 7 Maßnahmen für Naturschutzzwecke gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB
- Diese Flächen des Plangebietes sind nach Maßgabe des Umweltberichtes zu gestalten. Folgende Maßnahmen sind durchzuführen:
- Entwicklung von Wald
 - Entwicklung einer extensiven Feuchtwiese

- § 8 Regenrückhaltebecken (gem. § 9 (1) Nr. 14 i.V.m. § 9 (1) Nr. 20 BauGB)
- Das Regenwasserabflusssystem ist nach Maßgabe der Angaben der wasserwirtschaftlichen Vorplanung anzulegen und i.V.m. mit den Vorgaben des Umweltberichtes naturnah zu gestalten.

- § 9 Eingriffsregelung/Kompensationsmaßnahmen (gem. § 10 (3) i. V. m. § 135a BauGB)
- Die Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 233 "Brückenwiese" bewirkt bei seiner Realisierung durch Eingriffe in Natur und Landschaft. Aus der Eingriffsbilanzierung ergibt sich ein Kompensationsdefizit von 3.620 Werteinheiten, die außerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden. Der Eingriffsausgleich erfolgt bei der Hoheinnistung in Bromschie-Achmer und / oder im Bereich der Gemarkung Rulle. Vorhandene Bäume im Bereich, die entfernt werden müssen und deren Stammdurchmesser mind. 10,0 cm übersteigt, sind an anderer Stelle durch Neuanpflanzungen (Stammdurchmesser mind. 5 cm) zu ersetzen.

- § 10 Bestimmung Abklagerung gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB (s. C. Textliche Hinweise, Punkt 5)
- Bei Beseitigung der innerhalb des Plangebietes vorhandenen Abklagerung ohne Schadstoffeinstufung (Kat.-Nr. 459 033 4014) ist im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens der Untere Bodenschutzbehörde des Landkreises ein Sanierungsplan vorzulegen.

B. Örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung

- Dachung**
Die Gebäude sind mit geeigneten Dächern zu errichten. Nebengebäude und Garagen sind von dieser Regelung ausgenommen. Die Dachneigung muss zwischen 12° und 35° betragen. Zulässig sind Sattel-, Pult- und Walmdächer. **Dachaufbauten / Dachschneitte**
Dachaufbauten und Dachschneitte sind zulässig. Die Gesamtlänge von Giebeln, Dachaufbauten darf je Gebäudeseite die Hälfte der jeweiligen Traufentiefe nicht überschreiten. Dachaufbauten sind so zu errichten, dass – vom Ortsgang ein Mindestabstand von 2,0 m, – vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird. Die max. Gesamtlänge von Dachschneitten und Frontgiebeln darf je Gebäudeseite / Traufenseite 1/3 der jeweiligen Gebäudeseite nicht überschreiten. Frontgiebel und Dachschneitte sind so zu errichten, dass – vom First ein Mindestabstand von 2,0 m, – vom Ortsgang ein Mindestabstand von 1,0 m, – vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m (Loggien) eingehalten wird.

- Einfriedungen**
a) Einfriedungen gegenüber dem öffentlichen Straßenraum (Osnabrücker Straße): Zulässig sind u.a. lebende Hecken, Gehölzpflanzungen, Mauern und Zäune. Einfriedungen mit Mauern und Zäunen sind grundsätzlich straßenseitig einzurichten. Die Gesamthöhe ist auf maximal 1,20 m zu begrenzen.

- b) Die Einfriedung der Südseite des Flurstücks 66/1 ist im Bereich der bestehenden, südlich angrenzenden Wohnbebauung nur mit Gehölzpflanzungen oder einer lebenden Hecke zulässig. Im weiteren Verlauf ist zudem ein Zaun zur Sicherung des Geländes bis max. 1,80 m Höhe zulässig.

C. Hinweise:

1. Bauverbotszone/Baubeschränkungszone
Im Abstand von 20 m – gemessen vom befestigten Fahrbahnrand der B 68 – dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt keine baulichen Anlagen jeglicher Art errichtet werden (§ 24 (1) NSG).

2. Einfriedung
Die Baugrundstücke sind, soweit sie unmittelbar an die B 68 angrenzen, entlang der Straßenbegrenzungslinie mit einer festen lichteichten Einfriedung zu versehen und in diesem Zustand dauernd zu erhalten (§ 24 NSG in Verbindung mit Nr. 2 der Zufahrteneinrichtungen § 15 NBauG).

3. Immissionen von der B 68
Von der B 68 wirken Emissionen auf das Plangebiet aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber den Trägern der Straßenbaulast keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.
4. Bodenfunde
Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzschleifensammeln, Scherben, auch auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Ndsch. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der zuständigen Denkmalpflegebehörde beim Landkreis Osnabrück unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

5. Abklagerung/Bauschuttabklagerung
Die im Plangebiet vorhandene Bauschuttabklagerung nördlich der Waldflächen (Teilflächen Flurstück 66/1) wird vollständig beseitigt/abgeräumt. Diese Abklagerung 459 033 4014 (Bauschuttabklagerung) ist von dem Gutachterbüro "Labor für Chemie und Hygiene" – Immissionen begutachtet worden (Prüfbericht 48M152 vom 20.12.2002). Hierzu sind folgende Hinweise zu beachten (Ausfugen des Landkreises Osnabrück): Wenn Eingriffe in den Abklagerungskörper vorgenommen werden sollen, sollte mit den Tiefbauarbeiten ein Unternehmen beauftragt werden, das Erfahrung im Umgang mit Abklagerungen und problematischen Materialien hat. Durch geschickte Vorgehensweise bei einem evtl. Rückbau kann ohne großen Aufwand und mit nur geringen Kosten unbelastetes, bodenartiges Material von den Bauschuttarten abgetrennt werden. Die bauschuttartigen Partikel können mit einer konventionellen Bauschuttanlagensanlage so behandelt werden, dass ein RC-Material in marktüblicher Qualität entsteht. Die Störstoffe können hierbei großenteils separiert und einer geeigneten Wiederverwertung zugeführt werden. Es bleibt bei einem solchermaßen vorgenommenen Rückbau des Deponats nur ein sehr kleines Restvolumen von nicht verwertbaren Gemengenteilen, die wie Baustellenauffüllmaterial beseitigt werden können. Auf jeden Fall ist eine grobschichtige Vorgehensweise zu vermeiden, etwa dergestalt, dass das Deponat einfach mit einer Raupen fahrfähigkeit ausgebreitet und auf den angrenzenden Grundstücken eingeschoben wird. Hierdurch entsteht eine unzulässige Ausbreitung der Störstoffe und der Bestandteile des Deponats, die für eine spätere Bebauung oder qualifizierte Nutzung der Flächen hinderlich sind (z.B. eingeschobene massige Betonsteine, Mörtelsteine, Kabel, Holzbalken, grobe Plastikreste).

6. Angrenzende Waldflächen
Die Erreichbarkeit der angrenzenden Waldflächen für Forstmaschinen ist sicherzustellen. Sofern erforderlich, wird eine einvernehmliche Regelung zur Verkehrssicherungspflicht zwischen den Waldeigentümern und dem künftigen Grundstückseigentümer im Plangebiet getroffen.

7. Wasserwirtschaft
Für die Einleitung von Oberflächenwasser in ein oberirdisches Gewässer ist vor Beginn der Benutzung eine Erlaubnis gem. § 10 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) beim Landkreis Osnabrück – Untere Wasserbehörde – zu beantragen. Das geplante Regenwasserabflusssystem bedarf einer wasserbeherrschenden Genehmigung gem. § 119 und § 128 NWG. Die wasserbeherrschenden Maßnahmen wurden und sind weiterhin im Vorfeld mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

8. Brandschutz
Das in der Planzeichnung festgesetzte Regenrückhaltebecken ist mit integriertem Feuerlöschbecken (gem. DIN 14210) auszubauen.

9. Technische Infrastruktureinrichtungen / Versorgungslösungen
Für den rechtzeitigen Ausbau des Versorgungsnetzes (Telekommunikations-, Strom- und Gasversorgungsanlagen etc.) einerseits und für die ggf. notwendige Sicherung oder Änderung vorhandener Versorgungsanlagen im Planbereich andererseits, sind die zuständigen Versorgungsträger rechtzeitig vor Baubeginn von baulichen Maßnahmen zu informieren, damit alle erforderlichen Maßnahmen (Bauverteilung, Kabelverteilung, Kabelverlegung usw.) rechtzeitig eingeleitet werden können.

Prädel und Ausfertigung

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 233 "Brückenwiese", bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden Textlichen Festsetzungen sowie den nebenstehenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, die Satzung gem. § 12 BauGB beschlossen.

Wallenhorst, den 27. Juli (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 19.12.2006 die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 233 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 12.01.2007 ortsüblich bekanntgemacht.

Wallenhorst, den 27. Juli 2007 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Liegenschaftskarte:
Maßstab: 1:1000

Die dieser Planunterlage zu Grunde liegenden Angaben des amtlichen Vermessungswesens sind nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen vom 12.12.2002, Nds. GVB. 2003, S. 5, geschützt. Die Verwertung für nichtöffentliche oder wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der u.g. Behörde zulässig.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 19. Juli 07 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Osnabrück – Katastramt gez. Dr. Wissel
Vermessungsdezernat

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Die Öffentlichkeit ist am 12.01.2007 frühzeitig und öffentlich über die Planung gem. § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet worden. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 11.01.2007 über die Planung gem. § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet worden und zu einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Wallenhorst, den 27. Juli 2007 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 22.03.2007 dem Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 13.04.2007 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 23.04.2007 bis 25.05.2007 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB sind gleichzeitig die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden.

Wallenhorst, den 27. Juli 2007 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 12.07.2007 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Wallenhorst, den 27. Juli 2007 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 233 ist gemäß § 10 (3) BauGB am 15.10.2007 im Amtsblatt f. d. Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan ist damit am 15.10.2007 rechtsverbindlich geworden.

Wallenhorst, den 31.10.2007 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften

Innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gem. § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeschäftigt.

Wallenhorst, den 13.09.2014 (SIEGEL) gez. U. Belde
Bürgermeister

Übersichtskarte M. 1:5000



Entwurfsbearbeitung: INGENIEURPLANUNG
Osnabrück-Stadt 13 - 49134 Wallenhorst
Telefon 0427/8 80-0 - Fax 0427/8 80-80

beurteilt: 2007-03 Ni
gezeichnet: 2007-03 We
geprüft: 2007-03 Ni
freigegeben: 2007-03 Ev

Wallenhorst, 2007-07-12

Plan-Nummer: H:\WALLENHORST\PLANE\Bau\plan207\01.dwg(Layout1) - (V1-1-0)

WALLENHORST GEMEINDE WALLENHORST
VORHABENBEZOGENER
BEBAUUNGSPLAN NR. 233
"BRÜCKENWIESE"

mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung

ABSCHRIFT

Maßstab 1 : 1000

Unterlage : 1
Blatt Nr. : 1(1)

Letzte Änderung: 2007-07-11